

Schichten mehr geschadet, als genügt. Redner dringt auf beschleunigte Bewerksstellung der Unternehmern. Bei den Unternehmern seien Verzögerungen infolge der Schwierigkeit des bürokratischen Apparats vorzukommen. — Staatssekretär Hermann: Auf die vom Abg. Geiger aufgeworfene Frage der Zigarrenarbeiter kann ich eine bestimmte Erklärung nicht abgeben, da sich der Bundesrat damit noch nicht beschäftigt hat. Es sprachen aber starke Gründe in der Richtung des Gesetzes gegen die Absicht, die Unternehmungen nach ihrer Richtung auszuweiten, und ich möchte auch bezweifeln, ob ein innerer sachlicher Grund vorliegt zu einer solchen Ausdehnung des Gesetzes. Die Zoll- und Zollbehörden haben sich im allgemeinen ihre Aufgabe mit größtem Eifer angeeignet sein lassen. — Abg. Dr. Burckhardt (Wirtsh. Volk): Auch die Sozialdemokraten seien an der Tabaksteuer mit schuld, denn erst durch ihren Entschädigungsantrag hätten sich viele Abgeordnete bewegen gelassen, für die Steuererhöhung zu stimmen. (Nachen lacht.) — Abg. Erbacher (Zentr.) bezieht, daß die Arbeiter dadurch geschädigt seien, daß sie nur Unternehmungen, statt Entschädigungen erhalten. Die Sozialdemokraten hätten kein Recht, denn sie hätten ja keinen Anspruch auf Entschädigung. (Nachen lacht.) — Abg. Erbacher (Zentr.) bezieht, daß die Arbeiter dadurch geschädigt seien, daß sie nur Unternehmungen, statt Entschädigungen erhalten. Die Sozialdemokraten hätten kein Recht, denn sie hätten ja keinen Anspruch auf Entschädigung. (Nachen lacht.) — Abg. Erbacher (Zentr.) bezieht, daß die Arbeiter dadurch geschädigt seien, daß sie nur Unternehmungen, statt Entschädigungen erhalten. Die Sozialdemokraten hätten kein Recht, denn sie hätten ja keinen Anspruch auf Entschädigung. (Nachen lacht.)

nachweis verbieten wollte, so würde das ein Eingriff in die Koalitionsfreiheit der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer sein. (Nachen lacht.) Auch der Textilarbeiterverband hat feierlich einen einseitigen Arbeitsnachweis erachtet mit der Absicht, dadurch einen Einfluss auf den Arbeitsmarkt zu gewinnen. Das ist ihr gutes Recht, aber eben auch ein Recht der Unternehmer. Ich habe 316 Tarifverträge eingesehen, bei denen es sich in nur 12 Fällen um Arbeitsnachweise handelte, in 246 Fällen um Arbeitsnachweismittel, in 41 um partielle, in 10 um öffentliche, in 7 um Innungsarbeiten. Sie sehen, daß der partielle Nachweis sich keineswegs der Erlöse rühmen kann, die Sie ihm nachlagern. Die Tarifverträge sehen nicht den partiellen Arbeitsnachweis als Norm an. Man hat sich vielmehr zunächst auf einseitige Arbeitsnachweise geeinigt. Tatsache ist auch, daß es sich bei den partiellen öffentlichen Nachweisen stets um eine gewisse technische Schwierigkeit handelt. Es wird dabei nicht den besonderen Anforderungen der Arbeitgeber oder Arbeiter Rechnung getragen. Man sind in allerdinge bei dem Zwangs-nachweis noch besondere Momente zu berücksichtigen. Es wird nichts anderes übrig bleiben, als dem Arbeitsnachweis des Arbeitgebers eine unparteiische Spitze zu geben. Jedenfalls ist es aber nicht möglich, den partiellen Arbeitsnachweis sofort zu regeln. Es stehen ihm doch noch Bedenken entgegen, die von den Sozialliberalen noch nicht genügend gewürdigt werden. Ich meine also, die Verhältnisse sind jetzt noch nicht derart, um zu einem obligatorischen partiellen Arbeitsnachweis zu gelangen; aber ich sehe in einem solchen ein erhebliches Mittel, und ich habe deshalb auch in dem Arbeitsnachweisgesetz die Errichtung partieller öffentlicher Nachweise zu fördern. Zum Schluss bemerke ich noch Herrn Pomelburg, daß die Vertreter der verbündeten Regierungen sich völlig frei fühlen von aller Abhängigkeit von den Unternehmern. Sie sind redlich befreit, in dem Widerstreit der Interessen dasjenige zu finden, was nach Lage der Verhältnisse zweckmäßig ist und dem Frieden dient. — Die Beirathung der Interpellation wird beschließen. — Abg. Heuvel (son.) stimmt dem Staatssekretär zu. Es sei für die Unternehmer vielfach eine Notwendigkeit, eigene Nachweise zu schaffen wegen der für sie in Betracht kommenden besonderen Bedürfnisse. Seine Freunde erwarten daher, daß die Regierung auf ihrem von dem Staatssekretär dargelegten Standpunkte dauernd verbleibe. — Darauf erfolgt Vertagung. — Sitzung des Reichstages am 11. Dezember 1909. — Morgen 11 Uhr: Dritte Lesung des Nachtragsesetzes, dann Weiterberatung der Arbeitsnachweis-Interpellationen, sowie einer neuen noch einzureichenden Interpellation der Nationalliberalen und Freisinnigen betr. die medlenburgerische Verfassungsfrage.

haben. Votum wurde schließlich zu 40 Mark Geldstrafe bezichtigt. Der Schuld § 193, den sein Verteidiger gefordert hatte, wurde ihm verweigert.

Bremen. Auf dem deutschen Dampfer „Prinz Ludwig“, der von Japan zurückkehrend, heute früh in Hongkong angekommen ist, brach laut telegraphischer Nachricht während des dortigen Aufenthaltes im Lagerraum Nr. 3 Feuer aus. Die Ursache ist unbekannt. Das Feuer ist gelöscht. Die Ladung im Raum Nr. 3 wurde beschädigt. Verletzt wurde niemand.

(Nächste etwa eingehende Depeschen siehe Seite 4.)

Präsident a. M. Schuler abends. Preis 10.00. Antenne 10.00. ...

Oertliches und Sächsisches.

— Oberförster Grobe in Sunda wird am 1. Januar 1910 als etatsmäßiger Oberförster aus Postrieder Kattrebach bei Birna versetzt. Der Leichende war der erste Vorstand des im Jahre 1897 errichteten Staatsforstreviers Sunda.

— Der Königl. Gardebatterie Schlegel in Dresden erhielt die goldene Ehrenmedaille des Fürsten Hohenzollernschen Hausordens.

— Der König hat genehmigt, daß der in Sachsen staatsangehörige Preussische Oberbahninspektor a. D. Ludwig in Leipzig-Eutritzsch den preussischen Kronenorden 1. Klasse anleget.

— Zum zweiten Male führt sich heute der Tag, da Königin Carola, die Witwe unseres unvergesslichen Königs Albert, aus dem Leben scheidet, einem reichbegabten Leben, das in christlicher Nächstenliebe, in Wohlthätigkeit und Konfessionslosigkeit aufging. Wie selten eine Fürstin war sie eine Landesmutter in des Wortes edelster Bedeutung, die überall Lande spendete und dadurch eine weltliche Troststube der Leiden ihres Volkes wurde. Deshalb gedachten an ihrem heutigen Todestage alle Sachsenbergen der edlen Samariterin auf dem Throne.

— Wir erhalten folgende Zuschrift: „Im Bericht der „Dresdner Nachrichten“ über die Reichstags-Sitzung am 11. Dezember 1909 steht, ich habe behauptet, die Deutsche Reformpartei sei bei der Abstimmung über die Steuererhöhung auseinandergefallen. Das entspricht nicht den Tatsachen. Ich habe das nicht von der Deutschen Reformpartei, sondern von der Wirtschaftlichen Vereinigung behauptet, wie ich mich überhaupt mit der Deutschen Reformpartei in meiner Rede nicht beschäftigt habe. Der Reichstagsabgeordnete Zimmermann bietet mich um diese Richtigstellung, und ich habe nicht an seinem Wunsch zu entsprechen. Bitte, nicht nehmen Sie in Ihrem geehrten Blatte Notiz hiervon. Hochachtungsvoll ergebend Dr. Heinric, R. D. H.“

— Parlamentarisches Diner der ersten Kammer. Im oberen Saale des Königl. Belvedere der Bräuhallen Terrasse veranstaltete gestern Abend der Präsident der ersten Kammer Dr. Exzellenz Herr Oberminister Graf v. Bülow ein parlamentarisches Diner, an dem 62 Herren teilnahmen. Unter den Anwesenden bemerkte man Dr. Köstner, wobei der Prinz von Johann Georg, die Herren Staatsminister, die Direktoren beider Kammern, eine große Anzahl Regierungs-Kommissare und die Mitglieder der ersten Kammer. Die Tafel war von Herrn Generaldirektor Seiditz fällig mit den Herren der Familie Bülow von Göttsche — vollständig — besetzt worden. Der Gastgeber nahm in der Mitte der Eiertafel Platz. Rechts von ihm saßen Dr. Köstner, Herr Staatsminister Dr. von Rüge, Oberbürgermeister Dr. Raubler, Staatsminister Graf Bülow von Göttsche und Kammerherr von Schönberg. Auf der linken Seite des Gastgebers saß Herr Präsident Dr. Vogel, daran schloßen sich die Herren Staatsminister Dr. von Cito, Sekretär Graf zur Vique, Vizepräsident Epig und Oberbürgermeister Meil. An der Innenseite der Tafel war in der Mitte Herr Oberbürgermeister Dr. Heitler platziert. Rechts saßen die Herren Kriegsminister Freiherr von Hauken, Staatsminister a. D. von Meißel und Vizepräsident Herr und links die Herren Staatsminister Dr. Beck, Dr. Geh. Rat Prof. Dr. Bach und Sekretär Anders. Den ersten Trinkspruch brachte Dr. Exzellenz Oberminister Graf v. Bülow von Göttsche mit begeisterten Worten auf Se. Majestät den König aus. Darauf gedachte Herr Oberbürgermeister Graf Meil Dr. Heitler in formvollendeter Ausprägung der Königl. Sächsl. Staatsregierung, für welche Dr. Exzellenz Herr Finanzminister Dr. von Haack dankte und sein Glas auf ein gedeihliches Zusammenarbeiten der Kammer und der Staatsregierung erhob. Nach aufgehobener Tafel blieben die Herren noch längere Zeit bei einer Zigarre und einem Glas Pilsener in angenehmem Gespräch beisammen.

— Mit der Einführung einer neuen Verwaltungsordnung der Staatsbahnen werden auch die Dienstbeziehungen der Eisenbahn-Bauinspektoren, Maschineninspektoren, Telegrapheninspektoren, Werkstätteninspektoren und Bauinspektoren geändert; sie führen vom 1. Januar 1910 ab die Beziehungen Eisenbahn-Bauinspektoren, Maschineninspektoren, Elektrische Inspektoren, Werkstätteninspektoren und Bauinspektoren. Die Eisenbahn-Bauinspektoren Dresden-Neustadt II, Gernitz III, Adorf, Worna und Weida werden mit Ende dieses Jahres aufgehoben.

— Die „Leipziger Zeitung“, das heutige halbamtliche Organ der sächsischen Staatsregierung, kam am 1. Januar 1910 das 20-jährige Bestehen feiern. Zur Widmung geht auf das Jahr 1830 zurück, in dem der Buchhändler und Buchdrucker Timotheus Krich die Konzeption zum Verlagsorgane einer Zeitung erhielt, die am 1. Januar 1830 unter dem Titel erschien „Neuzeitliche Nachrichten von Krieges- und Friedenszeiten“, 1872 nahm das Blatt den Titel an „Leipziger Post- und Anzeiger-Zeitung“, den sie mit kurzen Unterbrechungen, bis 1711 führte. Von da ab nannte sie sich „Leipziger Postzeitung“, von 1731 ab „Leipziger Zeitung“ und vom 1. Januar 1810 ab „Leipziger Zeitung“.

— Der Gesundheitszustand in den größeren, über 15 000 Einwohner zählenden Orten des Königreichs Sachsen war im Oktober ein sehr günstiger; die tägliche Durchschnittserkranklichkeit war geringer als in den beiden Vormonaten und in den früheren Oktobermonaten des neuen Jahrhunderts, während sie der mittleren Sterblichkeit aller sächsischen deutschen Orte ziemlich genau entsprach. Nach der Höhe der Sterbefälle laut 1000 Einwohner und auf das Jahr berechnet ergibt sich nachstehende Reihenfolge der sächsischen Orte: Aue 21,9, Meerane 19,8, Zittau 16,4, Reichenbach i. S. 16,3, Freiberg 16,2, Zwickau 16,0, Buerzen 15,4, Chemnitz 15,3, Reichen 15,0, Wahren 14,1, Verden 14,4, Glauchau 14,3, Leipzig 13,7, Dresden 13,1, Birna 13,0, Grimmitzsch 12,1, Döbeln 11,9, Wahren i. B. 11,9, Wittweida 11,5, Stotteritz 10,2, Annaberg 9,4. Die Abnahme der Sterbefälle seit dem Vormonat hat sich lediglich unter den Städten im ersten Lebensjahre geltend gemacht und war hier ganz beträchtlich, während unter den höheren Lebensaltern eine, wenn auch geringe Zunahme eintrat. Die günstigeren Verhältnisse gegenüber früheren Jahren haben sich indessen nur bei letzteren gezeigt. Die Säuglingssterblichkeit war im Vergleich zur Zahl der Lebendgeborenen am höchsten in Meerane, Grimmitzsch, Aue, Reichenbach i. S., Birna, Buerzen, Chemnitz, Wittweida, Zwickau, Reichen, Freiberg, Zittau, dem großstädtlichen Durchschnitt entsprach sie in Wahren und Döbeln, und am geringsten war sie in Verden, Glauchau, Wahren i. B., Stotteritz, Dresden, Leipzig und Annaberg. — Unter den Todesursachen haben im Oktober die Krankheiten der Verdauungsorgane stark abgenommen, sie blieben aber (nun schon seit vier Monaten) bei weitem vorherrschend. Erheblich zugenommen haben dagegen die Krankheiten der Atmungsorgane, aber doch lange nicht in dem Maße, wie sonst in dieser Jahreszeit. Wesentlich zahlreicher wurden auch die Fieberfälle. Von den Infektionskrankheiten war infolge abendlicher Zunahme

... (Continuation of text from the right page)